


PRESSESPIEGEL
der CDU in Pankow
März 2026

Datum: 03/26	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokzeitung für Buch, Karow, Pankow und Umgebung</p>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Grünes Herz im Nordosten Berlins

Ab 2027 werden am Stadtrand neue Windräder geplant

Die Zukunft Berlins liegt nicht im hippen Prenzlberg oder im reichen Zehlendorf. Geht es um Energie, liegt die Zukunft der deutschen Hauptstadt im Nordosten, direkt vor unserer Haustür. Hier sollen ab 2027 viele neue Windkraftanlagen entstehen – auf drei von insgesamt acht »Windenergiegebieten«, welche das Land Berlin nach dem neuen Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ausweisen muss. Das geht aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen an den CDU-Abgeordneten Johannes Kraft aus Karow hervor.

Drei von acht in ganz Berlin? Das wäre ja ausgeglichen und damit nicht der Rede wert. Allerdings erwähnt die Senatsverwaltung mit keinem Wort, dass es in der Hauptstadt inzwischen bereits sechs Windräder gibt – und die stehen ausschließlich alle vor unserer Tür! Zwei in Buch, zwei in Französisch Buchholz und eine in Malchow.

Konkret sind das: die **Erste Windkraftanlage** Pankow (2008) in Buch südlich des Autobahndreiecks Schönerlinde, westlich von Lindenhof, die **Zweite** (2014) und **Vierte Windkraftanlage** Pankow (2021) an der Stadtrandsiedlung Malchow südlich der B2 am Schälingsweg westlich der Ahornallee, die **Dritte** und **Fünfte Windkraftanlage** Pankow in Französisch Buchholz (2015) südlich von Lindenhof südlich der A10 nordwestlich der Bucher Straße und die **Sechste Windkraftanlage** Pankow in Buch (2016) nördlich von Lindenhof östlich der Straße Am Vorwerk und der A10.

Neu dazu kommen sollen ab nächstem Jahr drei Windenergiegebiete. Das Windenergiegebiet 01 in Blankenfelde/Arkenberge südwestlich des AD Pankow mit drei möglichen Standorten: 01a) westlich der Stadtrandsiedlung Blankenfelde; 01b) die Spitze südlich der ehem. Deponie Arkenberge und dem unteren Badesee bis zum Blankenfelder Graben; 01c) südöstlich des Blankenfelder Grabens in Richtung Naturschutzgebiet und Autobahnabfahrt Schönerlinder Straße.

Weiterhin das Windenergiegebiet 02 mit einem Windradstandort in Buchholz Nord: Ehem. Rieselfelder südlich des Berliner Rings, nördlich des Buchholzer Grabens und der Eisenbahntrasse, nordöstlich der AS Schönerlinder Straße. Und als drittes das Windenergiegebiet 03 im Landschaftsraum Wartenberg/Falkenberg (Grenze zu Ahrensfelde) mit den Standorten: 03a) östlich des Stadtrand-

... sind 4,46 Mio Quadratmeter, knapp 625 Fußballfelder oder die Gesamtfläche der Stadt Gersthofen im Landkreis Augsburg.

Wobei Bayern sich ja bis Mitte 2025 geweigert hat, überhaupt Windräder aufzustellen. Abstruse Argumente mussten dafür herhalten, von »Verspargelung der Landschaft« bis zum »Vogelkiller«-Windrad. Die Zahlen der Vögel, die durch Straßenverkehr und Glasflächen sterben, sind hundertfach höher. Geblieben ist nach einer Studie des Nabu nur, dass Zugvögel einen Abstand von 500 m zu Windrädern einhalten. Gerade in Karow sind derzeit trotz der Windräder um die Ecke reichlich Enten und Wildgänse zu hören, die zu den Karower Teichen und zur Moorlinse fliegen. Und das Gejammer um den Lärm von Windrädern ist inzwischen auch verstummt, ähneln die Schallwellen von Windkraftanlagen doch dem »Lärm« von Meeresrauschen, nur sind sie viel leiser. Vor gut zehn Jahren befürchteten Anwohner noch den Stroboskopeffekt durch Schatten von Windkraftanlagen, der inzwischen aber durch Sonderlackierungen ausgeschaltet wird.

Den Wert für 2032 (0,5 % der Landesfläche) will Berlin bereits im kommenden Jahr erreichen. Warum? Vor dem Hintergrund steigender Flächenkonkurrenzen in einer wachsenden Stadt wie Berlin stellt die Identifizierung und Abstimmung von geeigneten Flächen für die Windenergienutzung eine enorme Herausforderung dar. Die Flächenkonkurrenzen werden nicht weniger. Der Prozess kann deshalb nur erfolgreich sein, wenn absehbar ist, dass auch der Flächenbeitragswert für 2032 erreicht werden kann.


Johannes Kraft begrüßt zwar grundsätzlich den Bau neuer Windkraftanlagen, gibt aber zu bedenken, dass die Windräder einen riesigen Flächenbedarf haben, dass ihnen der Ausbau der Strominfrastruktur folgt und dass es vor allem im künftigen Gewerbegebiet Bucher Straße eine Flächenkonkurrenz zu anderen Ansiedlungen geben könnte. Der Abgeordnete zum »BB«: »Warum zimmern wir so viele Windkraftanlagen an den nordöstlichen Stadtrand, wenn Berlin doch eigene Flächen im Land Brandenburg hat, die nicht genutzt werden? Zumindest einige der neuen Windkraftanlagen sollten auf diesen Flächen entstehen.«

Das grüne Herz der Hauptstadt wird aber so oder so frischen Wind erhalten. Gut so.

Mathias Heller




FOTO: KRISTIANE SPITZ

Datum: 03/26	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

■ Unterstützung für Projekte

BUCH/KAROW – Der Bezirk Pankow unterstützt mit dem sogenannten FEIN-Mittel-Programm »Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften« mit bis zu 3.500 Euro. Aus diesem Topf wurde z. B. auch das Schulprojekt »Grünes Klassenzimmer« der Bucher Hufeland-Schule unterstützt. Im Dezember erhielt es mit Unterstützung des Pankower Schulstadtrats Jörn Pasternack 1.500 Euro für die Anschaffung von Gartengeräten und Pflanzmaterialien. Nun erklärte sich auch der Abgeordnete Johannes Kraft (CDU) bereit, kleinere Projekte bei der FEIN-Mittel-Beantragung zu unterstützen. »Wenn auch Sie eine Idee für ein solches Projekt haben, melden Sie sich gern bei mir«. *Kontakt unter Tel. 030 943 96 916 oder kraft@johannes-kraft.de*

Datum: 03/26	Medium: Bucher Bote
 <p>Bucher Bote Die erste Lokzeitung für Buch, Karow, Pankow und Umgebung</p>	<p>Autor: Kristiane Spitz</p> <p>Thema: Johannes Kraft</p>

■ Koordinierte Baustellen
KAROW – In der Busonistraße und den umliegenden Straßen in Karow werden bis Ende April Bauarbeiten der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg zur Erneuerung der Gasleitungen durchgeführt. Anschließend folgt die Verlegung der Glasfaserleitungen durch Vodafone. Es wird also nicht zweimal baulich in den Straßenraum und die Gehwege eingegriffen. »Ein erster kleiner Erfolg in Sachen Baustellenkoordination hier bei uns im Kiez«, so bewertete Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft die Nachricht. *aus: die*

Kraft direkt!

Masterplan für Buch

Was braucht Buch, um ein lebenswerter Ort zu bleiben?
Ihre Vorschläge und Ideen sind gefragt!

MITTWOCH
04. MÄRZ 2026
17:30 UHR

MDC.C
 Robert-Rössle- Str. 10
 13125 Berlin


BUCHER BÜRGERVEREIN e.V.

Anmeldung unter:
kraft@johannes-kraft.de

Datum: 07.03.26	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Johannes Kraft

Kiezsprechstunde mit Johannes Kraft

Französisch Buchholz. Am Dienstag, 10. März, findet ab 19 Uhr eine Kiezsprechstunde mit dem Pankower CDU-Abgeordneten Johannes Kraft im CDU-Kiezbüro in der Berliner Straße 5 statt. Alle Bürger sind eingeladen, mit Anliegen, Fragen und Ideen vorbeizukommen. Um Anmeldung unter kraft@johanneskraft.de wird gebeten. **my**

Datum: 11.03.26	Medium: MOZ
	Autor: Maria Neuendorff Thema: Manuela Anders-Granitzki

Spielplatz in Berlin

Gefahren auf Spielplätzen - worauf Eltern achten sollten

Auf Spielplätzen in Berlin häufen sich Schäden durch Abnutzung, Vandalismus und Vermüllung. Doch es gibt auch Gefahren, die entstehen, wenn Eltern ihre Kinder besonders schützen wollen.

Von [Maria Neuendorff](#)

11.03.2026, 05:00 Uhr Berlin

Alles morsch: Der im Jahr 2013 eröffnete Spielplatz im Park am Gleisdreieck in Berlin muss generalüberholt werden.

Grün Berlin/Johanna Oesterreich Zusammenfassung Neu

Sobald die Märzsonne strahlt, herrscht im Gleisdreieckpark in Berlin-Schöneberg Hochbetrieb. Die Innenstadt-Oase auf dem ehemaligen Bahngelände ist gut besucht; doch der große Spielplatz ist gesperrt. Obwohl er wie der Park erst 2013 eröffnet wurde, ist er morsch und baufällig und muss erneuert werden.

„Die Arbeiten an dem 1800 Quadratmeter großen Areal wurden notwendig, da die Holzgeräte nicht mehr verkehrssicher waren“, heißt es von der landeseigenen Grün Berlin GMBH, die den Park bewirtschaftet.

Kein Einzelfall in Berlin. Laut Grünflächenämtern und Parkbetreibern werden wöchentlich Sichtkontrollen, viermal im Jahr Inspektionen sowie jährliche TÜV-Prüfungen auf den Spielplätzen durchgeführt. Im Rahmen dieser Kontrollen würden auch schwerwiegende Gefahrenstellen festgestellt, heißt es unter anderem vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, das 170 Spielplätze betreut.

Erhebliche Sicherheitsmängel auf Spielplätzen in Berlin

Gefahrenstellen würden durch Verschleiß, Korrosion und Vandalismus verursacht. „Insbesondere bei der jährlichen sehr umfangreichen Hauptuntersuchung, bei der auch verdeckte Bauteile und Fundamente überprüft werden, treten immer wieder erhebliche Sicherheitsmängel zutage“, heißt es vom Bezirksamt. „In solchen Fällen muss zum [Schutz der spielenden Kinder](#) und Begleitpersonen das betroffene Gerät bis zur Gefahrenbeseitigung umgehend abgesperrt werden.“

Doch die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen ließen selten eine umfangreiche sofortige Reparatur oder die kurzfristige Neubeschaffung eines Gerätes zu, schreibt das Bezirksamt. Kleinere Reparaturen könnten häufig bei der Regelkontrolle miterledigt oder durch Tischler und Schlosser nach wenigen Tagen durchgeführt werden.

„Am häufigsten treten Verschleißschäden wie zum Beispiel abgenutzte Bodenbeläge oder Gelenkteile in Spielgeräten auf“, erklärt Sabrina Kirmse aus dem Bezirksamt Treptow-Köpenick, wo alle 163 öffentlichen Spielplätze in Betrieb sind. Besonders bedauerlich seien Schäden durch mutwillige Zerstörung wie auf dem neu gestalteten Spielplatz im Volkspark Köpenick.

Zunehmende Vermüllung auf Spielplätzen in Berlin

Der moderne Spielbereich für jüngere und ältere Kinder wurde Ende 2025 im Allende-Viertel eröffnet und bietet auch den ersten [Outdoor-Wickeltisch im Bezirk](#). Gegenüber dem Kleinkindbereich entstand eine Jugendecke, an deren Gestaltung auch Jugendliche aus dem Kiez beteiligt waren.

Doch schon kurze Zeit nach der Freigabe seien die Kickertische und die Tischtennisplatte erneut mutwillig beschädigt worden, berichtet Sabrina Kirmse.

„Um Vandalismus einzudämmen, wäre es zu begrüßen, dass Spielplätze in Berlin grundsätzlich auch beleuchtet werden können“, schlägt Manuela Anders-Granitzki (CDU), Bezirksstadträtin in Pankow, vor. Das würde sie sicherer und auch in der dunklen Jahreszeit besser und länger nutzbar machen.

„Gleichzeitig stellt uns die Haushaltssperre vor große Herausforderungen. Nicht alle Maßnahmen können so schnell umgesetzt werden, wie wir es uns wünschen“, gesteht die Politikerin. Dennoch arbeitet das Bezirksamt daran, Mittel gezielt einzusetzen, um die Qualität und Sicherheit der Spielplätze zu sichern.

Menschliche Exkremente im Spielgerät

Der Bezirk Pankow muss 220 Anlagen in Schuss halten. Neben Zerstörung seien Graffiti und [zunehmende Vermüllung](#) große Kostenfaktoren, heißt es aus dem Straßen- und Grünflächenamt. Das gehe sogar so weit, dass mehrfach menschliche Exkremente aus einem Gerät auf dem Spielplatz Einsteinpark entfernt werden mussten.

Doch im Fall des Spielplatzes im Gleisdreieckpark in Berlin-Schöneberg war es kein Vandalismus, sondern ein ungewöhnlicher Pilzbefall, der den Spielgeräten so arg zusetzte.

„Der Neubau der Spiellandschaft ist notwendig, weil die alten Geräte durch Pilzbefall nicht mehr verkehrssicher waren“, heißt es von der Grün Berlin GmbH. Um eine langlebige Anlage zu schaffen, werde der Spielplatz, der im April wiedereröffnen soll, nun überwiegend aus Robinien- und Eichenholz errichtet.

„Das Kernholz der Robinie ist von Natur aus sehr widerstandsfähig gegen Pilze und Insekten“, bestätigt Ulrike Anders von der [SIK-Holzgestaltungs GmbH](#). Die Firma aus Niedergörsdorf in Teltow-Fläming, die auch Spielgeräte für Berliner Anlagen baut, schwört auf den einheimischen Baum.

Spielgeräte ohne Chemie-Lack

„Mit großer Härte und hohem Gewicht erreicht das Robinienholz Festigkeits- und Resistenzwerte, die sogar über denen der Eiche liegen“, erklärt Ulrike Anders. Diese Eigenschaften sorgten dafür, dass Spielgeräte auch einer intensiven Nutzung durch viele Kinder problemlos standhielten.

Dazu gebe es einen weiteren Vorteil. Durch die natürliche Zähigkeit und Elastizität der Robinie seien keine chemischen Schutzanstriche nötig. „Ein wichtiger Aspekt für Spielplätze, auf denen Kinder auch manchmal direkt mit dem Mund mit den Materialien in Kontakt kommen“, findet Ulrike Anders.

Allerdings wird das in der Regel teurer. Die Kosten für die Baumaßnahme im Gleisdreieckpark belaufen sich auf rund 360.000 Euro und werden aus Landesmitteln finanziert. Ergänzt werden die Spielgeräte durch Seile und Metallteile, die die Holzkonstruktion unterbrechen.

Doch die können zur Gefahr werden. „Den Fahrradhelm auf dem Spielplatz bitte unbedingt absetzen“, warnt Birger Holz. Der Berliner gibt unter anderem [Erste-Hilfe-Kurse für Eltern](#). „Viele denken, der Helm sei ein zusätzlicher Schutz auf Spielplätzen bei Stürzen oder Kollisionen. Doch die Gefahr, sich damit an einem Spielgerät zu strangulieren, ist viel zu groß“, erklärt der Vater eines zehnjährigen Sohnes und einer dreijährigen Tochter.

Heroin-Spritzen auf einem Berliner Spielplatz

Was morsche Spielgeräte und die Vermüllung angeht, sieht der Berliner in der Großstadt große Unterschiede in den Kiezen. Seine Familie wohnt in Reinickendorf. „Da hat man die Spielplätze ganz gut im Griff“, berichtet Holz. Vorher lebte er im Wedding. „Da musste mal die Kita eine Woche lang geschlossen bleiben, weil man [Heroin-Spritzen auf dem Spielplatz](#) gefunden hat.“ Bedenklich seien auch Kippen im Buddelkasten, warnt der 41-Jährige. Denn schon in einem einzigen Zigarettenstummel lauerten bis zu 40 Giftstoffe.

Doch auch so manche Pflanze auf und neben dem Spielplatz könne schwer auf den Magen schlagen. „Efeu, Goldregen oder der Blaue Eisenhut sehen zwar schön aus, sind aber giftig“, betont Birte Holz.

Besonders Kinder unter vier Jahren könnten diese Gefahren nicht einschätzen. „Die nehmen auch mal giftige Knallerbsen in den Mund.“ Während viele der Pflanzen bereits bei der Berührung Hautentzündungen, Kreislaufschocks und Allergien auslösen, kann der Genuss von drei bis vier Tollkirschen sogar tödlich sein.

„Natürlich macht auch immer die Menge das Gift“, betont der Eltern-Coach. „Doch wenn ich die ganze Zeit auf mein Handy schaue, kann es schon passieren, dass sich die Kids in der Zeit unbemerkt einen Salat aus Giftpflanzen machen.“

Datum: 12.03.26	Medium: Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung	Autor: Thema: Dirk Stettner

Abgeordnetenhaus beschließt Rahmen für Vergesellschaftungen

12. März 2026, 16:48 Uhr |
Lesezeit: 1 Min.



Ein neues Gesetz regelt, dass Vergesellschaftungen in Berlin möglich sind. Die Wirtschaft wertet das als fatales Signal und warnt vor einer Enteignungsdebatte.

Berlin (dpa/bb) - Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition ein sogenanntes Vergesellschaftungsgesetz beschlossen. Das Gesetz legt fest, dass „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ unter bestimmten Bedingungen in Gemeineigentum überführt werden können.

Voraussetzung ist, dass das dem Gemeinwohl dient und vor allem dazu, ein „allgemeines Versorgungsinteresse“ breiter Schichten der Bevölkerung an Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Das könnte beispielsweise auf Energieversorger oder Krankenhäuser zutreffen.

Vergesellschaftungen müssen laut Gesetz verhältnismäßig sein und sind nur gegen eine angemessene Entschädigung zulässig. Das Gesetz tritt erst in zwei Jahren in Kraft. Die Koalition will es zuvor vom Verfassungsgericht überprüfen lassen.

Antwort auf Volksentscheid

Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vergesellschaftungsrahmengesetz gilt als Antwort von CDU und SPD auf den erfolgreichen Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungskonzerne im Jahr 2021. Damals hatten gut 59 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Vergesellschaftung von Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin gestimmt.


Die Initiatoren des Volksentscheids bezogen sich auf Artikel 14 des Grundgesetzes, der Enteignungen gegen Entschädigung zum Wohle der Allgemeinheit zulässt. Das nun beschlossene Berliner Gesetz setzt nach Angaben der Koalition hingegen einen Rahmen für Vergesellschaftungen von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln im Sinne des Artikels 15 Grundgesetz.

Reizwort Enteignungen

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner hatte schon bei der Einbringungen des Rahmengesetzes erklärt, dass es keine Enteignung großer Wohnungsbestände vorsehe. Eigentum sei durch die Verfassung geschützt.

Die Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin, Manja Schreiner, kritisierte den Parlamentsbeschluss. „Auch wenn das Rahmengesetz selbst keine unmittelbaren Eingriffe ermöglicht und frühestens in zwei Jahren in Kraft tritt – allein die Debatten über Enteignungen senden ein fatales Signal an den Wirtschaftsstandort“, erklärte sie.

„Damit geraten genau jene Faktoren unter Druck, die für die Berliner Wirtschaft und private Investitionen entscheidend sind: der Schutz von Eigentum, Planungs- und Rechtssicherheit sowie die Verlässlichkeit wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen.“

Datum: 17.03.26	Medium: B.Z:
	Autor: Stefan Peter Thema: Dirk Stettner

Gesetzentwurf von CDU und SPD

Das gilt jetzt bei der umstrittenen Ausbildungsplatz-Abgabe

Berlin – Die schwarz-rote Koalition bringt die Berliner Wirtschaft erneut gegen sich auf. Mehrere Verbände üben Kritik an den Plänen von CDU und SPD zur Ausbildungsplatz-Abgabe. Auch der überarbeitete Gesetzentwurf sei eine Katastrophe.

Seit Monaten wird heftig diskutiert: Wie (un-)gerecht ist diese Zwangs-Umlage? CDU und SPD wollen Unternehmen bestrafen, die nicht ausbilden. Ein erster Entwurf sorgte in der Wirtschaft für regelrechtes Entsetzen, selbst der CDU waren die Pläne aus dem Haus von Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe (50, SPD) zu radikal. Dienstag legte die Koalition ihren neuen Gesetzentwurf vor.

Das sieht der Plan vor: Unternehmen sollen einen Fonds finanzieren, mit dem zusätzliche Ausbildungsplätze in Berlin gefördert werden. Einzahlen sollen alle Betriebe, die inklusive des Inhabers mindestens zehn Beschäftigte haben – und deren Ausbildungsquote unter 4,6 Prozent liegt. Jährlich sollen so mindestens 75 Millionen Euro zusammenkommen.

Das sagen CDU und SPD: „Wir wollen jetzt dafür sorgen, dass wir mehr Ausbildungsplätze in der Stadt einrichten, unterstützen, fördern“, so CDU-Fraktionschef Dirk Stettner (56). „Das war von Anfang an das Ziel, das auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist.“

Um etwa die 75 Millionen zu decken, wären nach Darstellung des CDU-Fraktionschefs Dirk Stettner für die zahlungspflichtigen Unternehmen jeweils 0,1 Prozent der Bruttolohnsumme fällig.

Denn die Lage auf dem Berliner Ausbildungsmarkt sei dramatisch, behauptet sein SPD-Amtskollege Raed Saleh (48). Es werde deutlich zu wenig ausgebildet. „Wir schaffen mehr Ausbildungsplätze und wir schützen mit der Umlage die Berliner Wirtschaft.“

Klare Kritik von Wirtschaftsverbänden

Sämtliche Wirtschaftsverbände lehnen die Umlage entschieden ab. „Die aktuellen Änderungen führen dazu, dass die Abgaben eines kleinen mittelständischen Betriebs, der keine Auszubildenden findet, zur vollständigen Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze in einem Konzern verwendet werden können“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von IHK, Handwerkskammer, Fachgemeinschaft Bau, Handelsverband und Dehoga.


Das Gesetz sei intransparent, denn die genaue Höhe der Strafzahlung werde an keiner Stelle erwähnt.

„Der Entwurf ist grottig“, so ein Verbandsvertreter zu B.Z. „Ein schlechtes Gesetz wird auch durch Änderungen nicht besser.“ Besonders enttäuscht sei man von der CDU. „Die lässt sich von der SPD am Nasenring durch die Manege führen.“

Drei Viertel der Betriebe nicht betroffen

Trost für die Wirtschaft: 75 Prozent aller Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte, sind von der Abgabe befreit. Sie sollen trotzdem von der Förderung aus dem Fonds profitieren können, wenn sie zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten.

Der Gesetzentwurf muss im Parlament verabschiedet werden. Auch wenn das Gesetz eine Mehrheit findet, sollen die Regelungen erst ab 2028 gelten.

Datum: 18.03.26	Medium: B.Z:
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Dirk Stettner

Neuer CDU-Plan

Berlin soll Anti-Drohnen-Schutzschirm bekommen



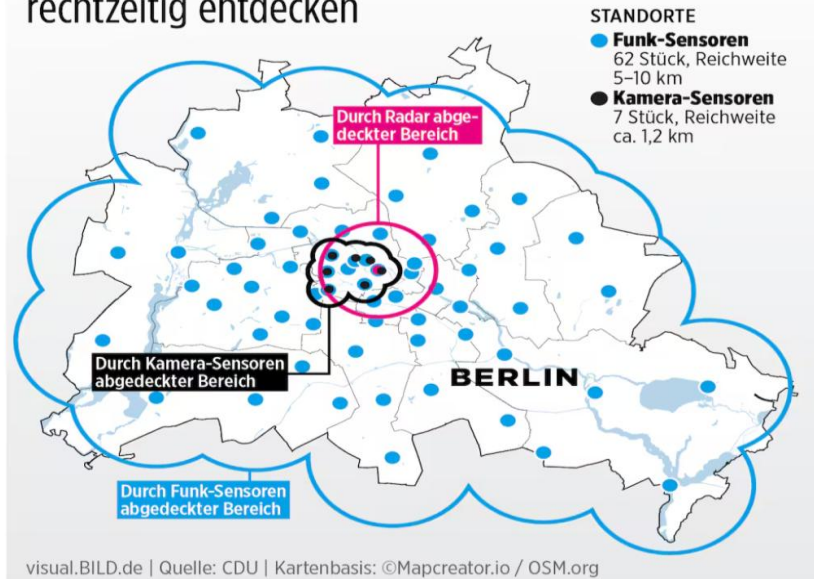
Ein sogenannter „Rosinenbomber“ auf dem Rollfeld des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin Foto: picture alliance/dpa

Berlin – Die deutsche Hauptstadt will sich vor Angriffen aus der Luft wappnen. Besonders Großveranstaltungen, Staatsbesuche und wichtige Einrichtungen sollen besser geschützt werden. Um Drohnen zu erkennen und abzuwehren, soll über ganz Berlin ein Netzwerk mit Sensoren verteilt werden.

Das Konzept liegt B.Z. exklusiv vor: 62 Funk-Sensoren decken das Stadtgebiet zwischen Wannsee und Müggelsee ab – jeder überwacht einen Radius von 5 bis 10 Kilometern. Eingesetzt werden im Konzept, zumindest im Stadtzentrum mit dem Regierungsviertel, auch Radar und Kameras. Sie reagieren auf komplett autonome („schwarze“) Drohnen, denen kein Pilot zugeordnet werden kann.

Der Himmel über Berlin

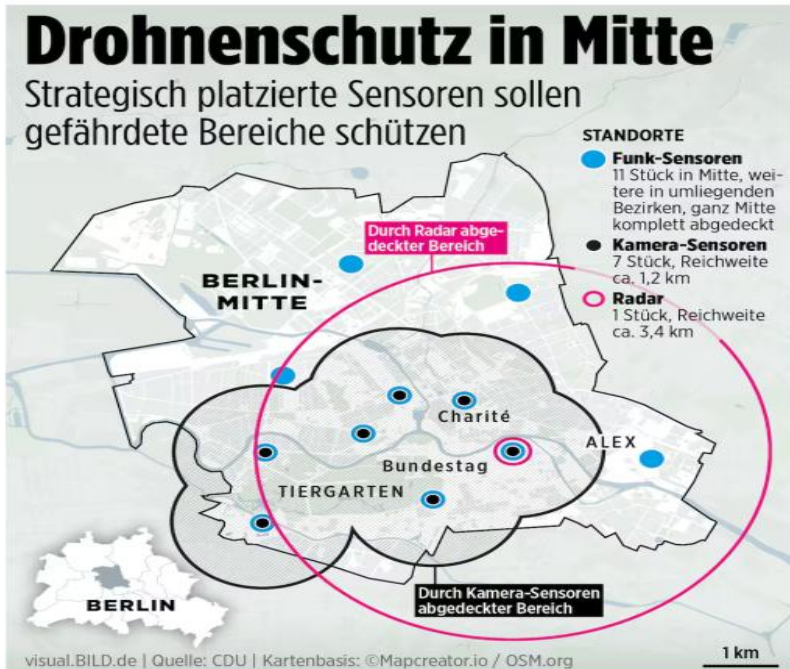
Ein Netz von Sensoren soll Drohnenangriffe rechtzeitig entdecken



Installiert werden könnten die notwendigen Geräte innerhalb von sechs Monaten. Als Lagezentrum würde sich zum Beispiel der [Ex-Flughafen Tempelhof](#) anbieten – er liegt zentral und das Polizeipräsidium ist bereits in den Gebäuden untergebracht. Geklärt werden muss zum Beispiel noch, wie man mit Abschüssen umgeht – die Trümmer würden auf die Stadt regnen, möglicherweise zu Verletzungen führen. Auch noch offen ist der Einsatz von Abfangdrohnen, die mit Netzen ausgerüstet sind, um feindliche Objekte zu neutralisieren – sie müssten ziemlich groß sein.

Die Finanzierung steht

Vorangetrieben wird das Konzept von Berlins [CDU-Fraktionschef Dirk Stettner](#) (56): „Wir arbeiten dafür, dass [Berlin](#) sicherer wird. Und es gibt eine Technik, die das schafft. Die Koalition hat bereits Mittel im Haushalt bereitgestellt. Mehr als fünf Millionen Euro.“




Mehr investieren muss Berlin auch in den Zivilschutz

Das kündigte der Regierende Kai Wegner (53, CDU) nach der ersten Sitzung einer Landesregierung im Verteidigungsministerium an. Jede Senatsbehörde bekommt zwei Beauftragte, die nach einem Sicherheitscheck berechtigt sind, geheime Verschlusssachen zu empfangen und zu lagern. Vorbereitet werden auch Übungen zur zivilen Verteidigung, der Schutz von Kulturgütern und Ausweichstandorte für Regierungsgeschäfte.

Auch ein relevantes Problem in puncto Sicherheit: Allein in Berlin gibt es alle zwei Sekunden einen digitalen Angriffsversuch.

Kliniken im Spionage-Visier

Unter [Cyberangriffen](#) leiden besonders Berlins Krankenhäuser. Dort werden zunehmend auch offensichtliche Spionage- und Sabotageversuche beobachtet – wie Drohnenüberflüge, aufgebrochene Türen, unbekannte Personen in eigentlich unzugänglichen Bereichen. Deshalb soll es zum Beispiel strengere Zugangskontrollen geben.

Datum: 19.03.26	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autoren: Nicole Dolif und Joachim Fahrn Thema: Lars Bocian

Kinderschutzskandal in Neukölln

Vergewaltigung in Jugendclub: Senatorin fordert Freistellung der Mitarbeiter

Berlin. Die sexuellen Übergriffe gegen eine 16-Jährige wurden offenbar unter der Decke gehalten. Dabei gab es Hinweise schon im Februar 2025.

Von Nicole Dolif und Joachim Fahrn 19.03.2026, 17:12 Uhr



Der mutmaßliche Tatort: Im Jugendzentrum an der Wutzkyallee soll eine 16-Jährige über lange Zeit sexuell belästigt und auch vergewaltigt worden sein. © FUNKE Foto Services | Reto Klar

Jugend senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat nachhaltige Konsequenzen aus dem mutmaßlichen Fall von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigung in einem Neuköllner Jugendclub angemahnt. „Die Grundlagen des Kinderschutzes und Rechtsgrundlagen wurden deutlich verletzt“, sagte die Senatorin am Donnerstag im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses. „Ich fordere die Bezirksstadträtin auf, die Leiterin des Jugendamtes und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung freizustellen, damit der Vorfall aufgearbeitet werden kann“, sagte Günther-Wünsch. Es gehe um zwei Mädchen aus einer Familie, 16 und 14 Jahre alt. Das jüngere wurde mit sexueller Gewalt bedroht, das ältere vergewaltigt. „Das Opfer kommt mir deutlich zu kurz“, sagte die Senatorin.

In dem Jugendzentrum an der Wutzkyallee in Gropiusstadt soll die 16-Jährige von Jugendlichen Ende 2025 vergewaltigt und später bedrängt worden sein – die Polizei erfuhr davon erst am 23. Januar durch die Anzeige des Vaters. Weder die Einrichtung noch später das zuständige Jugendamt des Bezirks Neukölln hatten zunächst Anzeige erstattet. Inzwischen ermitteln Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft Berlin zu dem Vorfall. Es liegen auch Anzeigen gegen Mitarbeitende des Bezirks vor.

Welche Rolle spielte die Herkunft des Täters?

Offen ist bislang, warum das Jugendamt keine Anzeige erstattete. Im Raum steht der Verdacht, der Vorfall sei von Betreuern offensichtlich nicht gemeldet worden, um die muslimischen Täter nicht zu stigmatisieren. Das hatte Stadträtin Sarah Nagel (Linke) zurückgewiesen: „Der Hintergrund der Täter spielte zu keinem Zeitpunkt eine Rolle für den Umgang mit den Vorfällen, wie dies in diversen Medienberichten behauptet wird.“ Laut ihrer Schilderung wurde die Betroffene „im gegenseitigen Einverständnis durch einen qualifizierten Träger der Mädchenarbeit betreut, der das Vertrauen des Opfers hat“. Der ganze Skandal kam erst durch die Mitarbeiterin eines nahe gelegenen Mädchentreffs ans Licht, die auch dafür sorgte, dass die Polizei eingeschaltet wurde.


Mitglieder des Ausschusses mahnten einen kritischen Blick auf Kinderschutzkonzepte und Regelungen in solchen Fällen an. Das sieht Senatorin Günther-Wünsch jedoch als nicht prioritär an: „Im Raum steht, dass bewusst Rechtsgrundlagen missachtet wurden“, sagte sie. Seit 2009 gebe es zum Kinderschutz eine Verordnung mit klaren Anweisungen, was in solchen Fällen passieren soll. Wenn sich Mitarbeitende aus der Jugendeinrichtung oder dem Jugendamt „bewusst gegen das Einleiten der Maßnahmen entscheiden, dann kann man nichts machen“, sagte die Senatorin.

Der CDU-Abgeordnete Lars Bocian sagte, es handele sich nicht um ein Versagen. „Es ist Vorsatz, dass hier eher Täterschutz als Opferschutz betrieben wurde“, sagte der Christdemokrat. Wenn Beschäftigte so handelten, sei eine Freistellung zu wenig. Diese Personen sollten nicht mehr in Jugendeinrichtungen arbeiten. Auch die zuständige Bezirksstadträtin Nagel solle zurücktreten. Nötig sei ein Untersuchungsausschuss in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln.

Sexuelle Gewalt schon vor einem Jahr Thema im Jugendclub

Jugendstaatssekretär Falko Liecke (CDU), einst selbst Bezirksstadtrat in Neukölln, berichtete, sein Haus habe einen Fragenkatalog an den Bezirk geschickt, ein weiterer werde folgen. Der Bezirk habe angekündigt, dass es eine Aufarbeitungskommission unter externer Beteiligung geben solle, aber nicht mehr. „Das sind alles Punkte, die irritieren mich stark“, sagte Liecke. Bisher gebe es aus Neukölln keine „Informationen über personalrechtliche Konsequenzen“. Die Senatorin sagte, derzeit seien alle Kolleginnen und Kollegen im Dienst. Die Verantwortung dafür liege bei der Bezirksstadträtin.

Günther-Wünschs Abteilungsleiterin Kerstin Stappenbeck sagte, man habe Kenntnis darüber, dass sexuelle Gewalt in dem Jugendclub schon 2025 ein Thema gewesen sei. Deswegen werde die Fach- und Dienstaufsicht über den Jugendclub überprüft.

Datum: 19.03.26	Medium: Tagesspiegel
	Autoren: Margarethe Gallersdörfer und Madlen Haarbach Thema: Lars Bocian

Update Sexuelle Gewalt im Jugendclub seit Februar 2025: Senatorin fordert Freistellung von Neuköllner Jugendamts-Mitarbeitern

Eine mutmaßliche Vergewaltigung im Jugendclub Wutzkyallee wurde zunächst nicht bei der Polizei angezeigt. Jugendsenatorin Katharina Günther-Wünsch fordert nun Konsequenzen im zuständigen Jugendamt.

Von
Margarethe Gallersdörfer
Madlen Haarbach

Stand: 19.03.2026, 18:45 Uhr

Berlins Jugendsenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) fordert die Freistellung der Leiterin des Neuköllner Jugendamts sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von der mutmaßlichen Vergewaltigung eines 16-jährigen Mädchens im Jugendclub Wutzkyallee wussten und weder die Polizei informiert noch geeignete Maßnahmen zum Opferschutz ergriffen haben sollen. In einem Gespräch unter anderem mit der Jugendamtsleiterin und der Jugendstadträtin Sarah Nagel (Linke) sei „sehr deutlich“ geworden, dass die Grundlagen des Kinderschutzes und Rechtsvorschriften „deutlich missachtet“ worden seien, sagte Günther-Wünsch am Donnerstag im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses. Das Gespräch habe am Mittwoch stattgefunden.

Es hätten sich für sie daraus Fragen ergeben, die der Bezirk und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts beantworten müssten, sagte die Senatorin. Bis der Vorgang aufgeklärt sei, „fordere ich die Bezirksstadträtin auf, die Jugendamtsleiterin und Mitarbeiter des Jugendamts freizustellen. Weil momentan im Raum steht, dass bewusst Rechtsgrundlagen im Sinne des Kinderschutzes eines minderjährigen Mädchens missachtet worden sind.“

Der CDU-Abgeordnete Lars Bocian sagte im Ausschuss, es würde ihm nicht reichen, die Verantwortlichen freizustellen. Nagel selbst solle als verantwortliche Stadträtin „über den Rücktritt nachdenken“. Es handele sich offenbar nicht um ein Versagen, sondern um Vorsatz, den Täterschutz vor den Opferschutz zu stellen. Die Vorgänge müssten von einem Untersuchungsausschuss im Bezirk aufgeklärt werden.

Sexuelle Gewalt in der Einrichtung ist laut Kerstin Stappenbeck wohl schon seit Februar 2025 ein Thema. Die Leiterin der Abteilung Kinderschutz in der Jugendverwaltung sagte, es müsse nun geprüft werden, ob und wie der Bezirk hier seine Fach- und Dienstaufsicht über den Jugendclub korrekt ausgeübt habe.

Falko Liecke (CDU), selbst ehemaliger Jugendstadtrat in Neukölln, betonte im Bildungsausschuss, dass die Abläufe bei Vorfällen sexueller Gewalt in Jugendeinrichtungen grundsätzlich klar seien. Es gebe einen Kinderschutz-Meldebogen für Jugendfreizeiteinrichtungen, vermeintliche Kinderschutzfälle müssten zur Beurteilung an den regionalen sozialen Dienst gemeldet werden. Gegebenenfalls müsse das Kinderschutzteam des Bezirks einbezogen werden, ebenso gebe es eine Kinderschutz-Koordination. „Wir haben Unmengen an Möglichkeiten, sich mit solchen Fragen professionell zu beschäftigen, bis hin zu den Präventionsbeauftragten der Polizei, die man auch anonymisiert, unabhängig von Einzelfällen, befragen kann.“

Liecke betonte wie Günther-Wünsch, dass die Verantwortung für die Aufklärung und personelle Konsequenzen beim Bezirk liege. Die Jugendverwaltung habe lediglich die erweiterte Rechtsaufsicht. Sie könne also prüfen, ob die Rechtsvorschriften des Kinderschutzgesetzes eingehalten worden seien. Dem Bezirk sei ein Fragenkatalog vorgelegt worden. Ein zweiter sei in Arbeit, „weil viele Punkte noch völlig ungeklärt sind“.

Bezüglich der Aufklärung der Vorgänge hat der Bezirk laut Liecke mitgeteilt, eine Kommission einsetzen zu wollen. In welchem Rahmen und mit welchen externen Partnern, sei noch unklar – alle diese Punkte „irritieren mich stark, um das freundlich zu formulieren“, sagte Liecke vor den Abgeordneten. Der Jugendverwaltung gehe es darum, so zu unterstützen, dass „der Bezirk diese Aufarbeitung vernünftig hinkriegt, um da für sich auch Konsequenzen zu ziehen“.

Jugendhilfeausschuss in Neukölln tagte zum Thema

Dass bereits Anfang 2025 erste Meldungen über sexuelle Übergriffe auf Mädchen an das Jugendamt gemeldet wurden, bestätigte Jugendstadträtin Sarah Nagel am Donnerstagabend im Jugendhilfeausschuss der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Im Nachhinein hätte das Jugendamt aus ihrer Sicht „früher und konsequenter eingreifen“ müssen, sagte Nagel. Die Träger der involvierten Jugendclubs hätten „zu viel Verantwortung übernehmen müssen“.

Nach Angaben des Bezirks wurde das Jugendamt am 28. Januar 2026 über die konkreten Vorfälle informiert. Nagel habe erst am 2. März erstmals davon erfahren, sagte sie – und das zunächst auch nur bruchstückhaft. Unter anderem deswegen habe sie sich zunächst gegen eine Strafanzeige entschieden. „Ich habe einige Details erst aus der Presse erfahren“, sagte sie.

Nagel räumte ein, dass die Informationskette in dem Fall „ungewöhnlich“ gewesen sei. „Ich hätte umgehend informiert werden müssen“, sagte sie. Dem Jugendamt sprach sie aber grundsätzlich ihr Vertrauen aus. „Ich kann natürlich nicht wissen, was ich nicht weiß“, sagte Nagel. Insbesondere die Abläufe im Januar und Februar würden aus ihrer Sicht noch Fragen aufwerfen. „Da sind auf jeden Fall Fehler passiert.“ Nagel räumte auch ein, dass im Jugendamt keine „strukturierte Fallführung“ vorlag.

Vorfall im Jugendclub Wutzkyallee

In dem Jugendzentrum soll eine **16-Jährige von Jugendlichen Ende 2025 vergewaltigt und später bedrängt worden** sein. Die Polizei erfuhr davon erst am 23. Februar durch die Anzeige des Vaters.

Weder die Einrichtung noch das Jugendamt des Bezirks Neukölln erstatten Anzeige. Inzwischen ermitteln Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft Berlin zu dem Vorfall.

Die Polizei prüft derzeit Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Klubs und des Jugendamts. Der Jugendclub selbst äußerte sich bislang nicht, sondern verwies an den Bezirk.

Nach Angaben von Stadträtin Nagel hat das Jugendamt zunächst entschieden, nur dann eine Strafanzeige zu stellen, wenn dafür auch das Einverständnis des Opfers vorliege, so Nagel. Allerdings hatte das Jugendamt sich offenbar niemals selbst erkundigt, ob das Mädchen zustimmt.

Jugendstaatssekretär Falko Liecke (CDU) hatte in der „Bild“-Zeitung den Verdacht geäußert, der Vorfall sei von Betreuern nicht gemeldet worden, um die muslimischen Täter nicht zu stigmatisieren. Das wies Stadträtin Nagel zurück: „Der Hintergrund der Täter spielte zu keinem Zeitpunkt eine Rolle für den Umgang mit den Vorfällen, wie dies in diversen Medienberichten behauptet wird.“

Datum: 19.03.26	Medium: FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Allgemeine	Autoren: Stephan Klenner Thema: Lars Bocian

NACH VORWÜRFEN :

Senatorin will Freistellung von Neuköllner Jugendamtsleiterin

Von Stephan Klenner, Berlin

19.03.2026, 18:00 Lesezeit: 3 Min.



In einem Neuköllner Jugendzentrum soll eine Sechzehnjährige vergewaltigt worden sein – doch Mitarbeiter zeigten den Fall nicht an. Nun hat sich der Bildungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses damit beschäftigt.

Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch ([CDU](#)) hat den Bezirk Neukölln aufgefordert, die dortige Jugendamtsleiterin und mehrere Mitarbeiter des Jugendzentrums „Wutzkyallee“ vom Dienst freizustellen. Dies sagte Günther-Wünsch in einer Sitzung des Bildungsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses am Donnerstagnachmittag. Den Mitarbeitern wird vorgeworfen, über Monate kaum etwas gegen sexuelle Übergriffe in dem Jugendzentrum unternommen zu haben.

Im November soll eine sechzehnjährige Schülerin im Garten der Einrichtung Opfer einer Vergewaltigung durch andere Jugendliche geworden sein. Als die Mitarbeiter des Jugendzentrums davon erfuhren, zeigten sie den Fall nicht an. Eine Anzeige erfolgte erst Ende Februar durch eine Polizistin, nachdem sich die Schülerin externe Hilfe gesucht hatte. Bildungssenatorin Günther-Wünsch sagte im Ausschuss, in dem Jugendzentrum seien „Rechtsgrundlagen deutlich missachtet“ und Meldepflichten nicht eingehalten worden.

Schwarz-rote Koalition ist sich uneins über Konsequenzen


Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Lars Bocian, forderte in der Sitzung den Rücktritt der Neuköllner Bezirksstadträtin Sarah Nagel (Linke). Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Alexander Freier-Winterwerb, machte hingegen deutlich, dass er Forderungen nach personellen Konsequenzen für verfrüht hält.

Es habe zwar offensichtlich ein „Systemversagen“ gegeben, der Fall könne aber erst vollständig beurteilt werden, wenn alle Ermittlungen abgeschlossen seien. Es sei nicht Aufgabe des Abgeordnetenhauses, bereits jetzt dienstrechtliche Konsequenzen zu fordern. Bocian entgegnete, da seit Februar 2025 in dem Jugendzentrum nichts gegen sexuelle Übergriffe unternommen worden sei, müsse die Politik sogar über einen Untersuchungsausschuss nachdenken. Die unterschiedlichen Standpunkte von CDU und SPD sind bemerkenswert, da beide Parteien in Berlin gemeinsam regieren. Die AfD forderte in der Ausschusssitzung ebenfalls personelle Konsequenzen im Bezirk Neukölln. Die Grünen verwiesen darauf, dass auch das Land als Rechtsaufsicht gefragt sei.

Jugendzentrum vorübergehend geschlossen

Die Befugnisse des Landes beschränken sich allerdings darauf, beim Bezirk Informationen anzufordern und zu überprüfen, ob Vorschriften eingehalten wurden. Bezirksstadträtin Nagel hat die Personal- und Fachaufsicht über das Jugendzentrum. Eine Freistellung der Mitarbeiter kann nur sie veranlassen. Dass vom Jugendzentrum keine Anzeige gestellt wurde, bewertete sie zunächst als „Fehler“, verwies Anfang der Woche aber darauf, dass für eine Anzeige immer ein Einverständnis des mutmaßlichen Opfers vorliegen solle. Die Mitarbeiter wurden bislang nicht freigestellt. Das Jugendzentrum ist vorübergehend geschlossen.

In der vergangenen Woche hatten die Zeitungen „Bild“ und „Tagesspiegel“ berichtet, die Mitarbeiter hätten die sexuellen Übergriffe auch deshalb nicht gemeldet, da sie eine Stigmatisierung arabischer Täter fürchteten. Dies hatte Bezirksstadträtin Nagel zurückgewiesen. Der Hintergrund der Täter habe „zu keinem Zeitpunkt eine Rolle“ gespielt. Die Zeitung „Bild“ hatte Berlins Jugendstaatssekretär Falko Liecke (CDU) zuvor damit zitiert, es sei „ein Unding, dass hier offensichtlich die muslimischen Täter geschützt werden.“

Datum: 20.03.26	Medium: B.Z.
	Autoren: Katja Colmenares Thema: Manuela Anders-Granitzki

Mottowoche mit Folgen Berliner Schüler zerstören Parks und Grünflächen



Auch am Freitag feiern die Abiturienten wieder ihre Motto-Party im vermüllten Park Foto: Fabian Matzerath/BILD

[Katja Colmenares](#)

Pankow – Im Berliner Schuljahr gibt es eine fünfte Jahreszeit: die Mottowoche. Doch leider artet dieser eigentlich lustige Brauch immer öfter in Müll-Gelage aus. Besonders Berlins Parkanlagen sind betroffen, Anwohner ärgern sich.

Die große Wiese im Ernst-Thälmann-Park ([Pankow](#)) müsste nach dieser Woche eigentlich komplett abgesperrt und dann abgetragen werden! Tausende Glassplitter von zerschlagenen Bierflaschen (vielleicht auch Wodka & Co.) spicken das Grün.

„Was sich aktuell in unseren Grünanlagen abspielt, hat mit Feiern nichts mehr zu tun. Es ist ein Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, das sprachlos macht“, sagt Pankows zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU).

Seit Montag feiern hier täglich Hunderte Jugendliche die letzte Schulwoche vor den schriftlichen [Abi-Prüfungen](#). Die Verkleidung ist dabei obligatorisch. Jeden Tag wird ein anderes Motto ausgerufen: Kindheitshelden, TV-Serien, Einschulung, Omas/Opas, Pyjama-Party, Promis und so weiter.



Nicht nur auf den Wegen, in die gesamte Wiese wurden überall Glasscherben hineingetreten Foto: Christian Lohse/Bild

Dazu Musik, eine Partie Flunkyball und noch mehr Alkohol. Anders-Granitzki: „Es ist absolut nachvollziehbar, dass dieser Anlass gebührend gefeiert wird. Dafür habe ich großes Verständnis.“ Doch dass Jahr für Jahr ganze Bereiche für Familien, Kinder und Erholungssuchende unbenutzbar gemacht werden, will sie nicht mehr hinnehmen. Ihr Appell an die Schulleitungen: „Vermitteln Sie Ihren Schülern, dass Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammengehören.“ Anders-Granitzkis Forderung: [Schulen](#) und Abschlussjahrgänge sollen in betroffenen Grünanlagen verbindliche Aufräumaktionen organisieren, „um zumindest einen Teil des Schadens wiedergutzumachen“.

[Grünanlagen](#) seien kein rechtsfreier Raum. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sie Jahr für Jahr verwüstet werden.“

Datum: 20.03.26	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autoren: Thema: Manuela Anders-Granitzki

Die sogenannte Mottowoche

Verschmutzte Parks nach Schüler-Partys – „Hat nichts mehr mit Feiern zu tun“

Berlin. Verschmutzte Parks und Grünanlagen in der Abiwoche: Einer Politikerin aus Pankow reicht es. Sie macht klare Ansagen an die Schüler.

20.03.2026, 16:44 Uhr



Das Thälmann-Denkmal am Ernst-Thälmann-Park. © IMAGO/Jürgen Ritter | IMAGO/Jürgen Ritter

In ganz [Berlin](#) finden aktuell die Partys der Abiturientinnen und Abiturienten statt – die sogenannte Mottowoche. Wen das wenig amüsiert, ist Manuela Anders-Granitzki von der [Pankower CDU](#).

Die Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum sagt in einer Pressemitteilung: „Was sich (...) aktuell in unseren Grünanlagen abspielt, hat mit Feiern nichts mehr zu tun. Es ist ein Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, das sprachlos macht. Vermüllte Wiesen, zerstörte Anlagen und zahllose Glasscherben sind das Ergebnis dieser sogenannten *Feiern*. Ganze Bereiche werden damit für Familien, Kinder und Erholungssuchende unbenutzbar gemacht.“

Weiter führt Anders-Granitzki aus: „Das ist inakzeptabel. Ich erwarte hier ein klares Umdenken. Feiern darf nicht auf Kosten anderer stattfinden.“

Ernst-Thälmann-Park: Überall Glasscherben

Betroffen ist vor allem die große Wiese im Ernst-Thälmann-Park im Prenzlauer Berg. Viele Glassplitter von zerbrochenen Flaschen liegen auf dem Grün. In der Mottowoche feiern täglich Hunderte Jugendliche die letzte Woche vor den schriftlichen Abiturprüfungen. Das Motto wechselt dabei täglich, von den Pyjamapartys zu den Helden der Kindheit. Anders-Granitzki richtet auch einen deutlichen Appell an die Schulleitungen: „Nehmen Sie Ihre Verantwortung ernst. Vermitteln Sie Ihren Schülerinnen und Schülern, dass Freiheit

und Verantwortung untrennbar zusammengehören. Es kann nicht sein, dass der Abschluss eines Bildungsweges mit einem solchen Maß an Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwohl einhergeht.

Und die Politikerin formuliert eine klare Forderung an die Jugendlichen: „Ich halte es für sinnvoll, dass Schulen gemeinsam mit ihren Abschlussjahrgängen verbindliche Aufräumaktionen in den betroffenen Grünanlagen organisieren.“

Datum: 20.03.26	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autoren: Daniel Böldt Thema: Dirk Stettner

Anwohnerparkgebühren in Berlin: CDU will weiter an neuem Konzept arbeiten – SPD ist skeptisch

In Berlin bleibt die Zukunft der Anwohnerparkgebühren offen. Trotz Absage der Verkehrsverwaltung will die CDU ein neues Modell, die SPD sieht darin wenig Mehrwert.

Von **Daniel Böldt**

Stand: 20.03.2026, 11:38 Uhr

Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner** hat trotz der Absage der Verkehrsverwaltung angekündigt, weiter an einem neuen Konzept für die Anwohnerparkgebühren zu arbeiten. „Bekanntermaßen liegen die Vorschläge schon lange auf dem Tisch und wir werden in der Koalition darüber in den nächsten Wochen..“

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

[Anwohnerparkgebühren in Berlin: CDU will weiter an neuem Konzept arbeiten – SPD ist skeptisch](#)

Datum: 21.03.26	Medium: t-online
t-online.	Autor: Thema: Manuela Anders-Granitzki

"Macht sprachlos"

Große Abi-Feier läuft komplett aus dem Ruder

Von t-online, [lp](#)

Aktualisiert am 21.03.2026 Lesedauer: 2 Min.



Einsatzkräfte der Berliner Polizei (Symbolbild): Die Beamten lösten eine große Abi-Party auf. (Quelle: IMAGO/imago-images-bilder)

Kurz vor den Abiturprüfungen treffen sich Schüler in Massen, um zu feiern. Als die Polizei eingreift, wird es brenzlig.


In [Berlin](#) ist am Freitagabend eine große Feier von angehenden Abiturienten aus dem Ruder gelaufen. Wie RBB und "Tagesspiegel" berichteten, löste die Polizei eine Versammlung mit etwa 1.000 Menschen in einem Park in [Prenzlauer Berg](#) auf. Dabei sei es zu Angriffen gekommen: Mehrere Schüler sollen Flaschen auf die Einsatzkräfte geworfen haben. Fünf Jugendliche oder junge Erwachsene wurden wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs sowie tätlichen Angriffs vorübergehend festgenommen. Die Polizei ermittelte in 15 Fällen wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie Taschendiebstahls.

Zuvor hatten sich den Berichten zufolge Anwohner über Lärm, Müll und Pyrotechnik beschwert. Auch in anderen Parks und in einem U-Bahnhof in Berlin fanden am Abend entsprechende Feiern mit teils Hunderten Menschen statt. Die größte Feier in Prenzlauer Berg war in sozialen Netzwerken als "Abi-Flashmob" beworben worden.

Mottowoche in Berlin: Verwüstung und Massen von Müll

Seit Montag feiern täglich Hunderte Schüler in Berlin die letzte Schulwoche vor den schriftlichen Abiturprüfungen. Während der sogenannten Motto-Woche wird jeden Tag ein anderes Motto aufgerufen und gefeiert. Erst am Freitag hatte es Berichte über durch die Feiern zerstörte und völlig vermüllte Grünanlagen in der Hauptstadt gegeben.

Die Ordnungsstadträtin des Bezirks Pankow, Manuela Anders-Granitzki, teilte mit: "Was sich jedoch aktuell in unseren Grünanlagen abspielt, hat mit Feiern nichts mehr zu tun. Es ist ein Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, das sprachlos macht." Sie richtete sich direkt an die Schulleitungen: "Nehmen Sie Ihre Verantwortung ernst. Vermitteln Sie Ihren Schülerinnen und Schülern, dass Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammengehören."

Datum: 21.03.26	Medium: Tagesspiegel
	Autoren: Franziska von Werdter Thema: Manuela Anders-Granitzki



© IMAGO/ T.Seeliger

Update „Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, das sprachlos macht“: Pankows Stadträtin fordert Konsequenzen nach eskalierten Abifeiern in Berlin

Die Polizei hat am Freitagabend zwei große Abifeiern in Parks in Prenzlauer Berg und Schöneberg beendet. Teilweise kam es zu Angriffen auf Einsatzkräfte.

Von [Franziska von Werder](#)

Stand: 21.03.2026, 19:37 Uhr

Fünf vorübergehende Festnahmen, mehrere beschädigte Polizeiwagen und 15 Strafermittlungsverfahren: Das ist die Bilanz der Polizei, nachdem sie am Freitagabend zwei eskalierte Abifeiern in Berlin aufgelöst hat. Die größte Mühe hatte sie in Prenzlauer Berg. Ab etwa 16 Uhr hatten sich dort den Angaben zufolge zunächst 350 Jugendliche auf dem Vorplatz des Zeiss-Großplanetariums versammelt. Im Verlauf des Abends kamen immer mehr Abiturienten, um das Ende ihrer Schulzeit zu feiern – auch in den angrenzenden Ernst-Thälmann-Park.

Sie sollen laute Musik über Boxen abgespielt und Glas- und Plastikflaschen liegen gelassen haben, teilte die Polizei mit. Anwohner beschwerten sich über den anhaltenden Lärmpegel und die Vermüllung der Anlage. Der „B.Z.“ zufolge wurde für die Treffen im Internet und sozialen Netzwerken als „Abi-Flashmob“ geworben

Vor dem Planetarium versuchte die Polizei, die jungen Leute zunächst durch persönliche Ansprache kleinerer Gruppen zur Vernunft zu bringen. Zur Unterstützung stieß auch eine Einsatzhundertschaft hinzu. Trotz wiederholter Aufforderung, ihr Verhalten zu ändern, sei es weiterhin zu Lärmbelästigungen gekommen, teilte die Polizei weiter mit. Mehrere Abiturienten sollen Flaschen in Richtung der Einsatzkräfte und ihrer Einsatzwagen geworfen haben. Einige zündeten Pyrotechnik.

Fünf Personen nahm die Polizei vorläufig fest, um ihre Personalien aufzunehmen. Die Polizei leitete zudem 15 Strafermittlungsverfahren ein, unter anderem wegen des Verdachts der Sachbeschädigung sowie des Taschendiebstahls.

Es sei darüber hinaus zu einer Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen gekommen, sagte eine Polizeisprecherin. Ein Schüler schlug einem anderen mit der Faust ins Gesicht. Dieser habe über leichte Schmerzen geklagt, so die Sprecherin, musste aber nicht ärztlich behandelt werden. Die Polizei ermittelt in diesem Fall wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

Im Rudolph-Wilde-Park in Schöneberg sei die Räumung hingegen ohne größeren Widerstand verlaufen, sagte ein Polizeisprecher. Ein Polizist wurde aber den Angaben zufolge angegriffen. Es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet. Dort hatten etwa 600 Jugendliche gefeiert.

Ordnungsstadträtin ruft Schüler zu Aufräumaktion auf

Die „B.Z.“ berichtete bereits am Freitag, wie feiernde Abiturienten im Verlauf der vergangenen Woche den Bereich um Planetarium und Thälmann-Park zugemüllt hätten. Demnach sollen „Tausende Glassplitter von zerschlagenen Bierflaschen (vielleicht auch Wodka & Co.)“ zurückgeblieben sein.
Lesermeinungen zum Artikel

„Diese Jugendlichen saßen für die Sicherheit der älteren Generation monatelang im Lockdown, sie sollen deren Renten bezahlen, selbst aber immer weniger bekommen, und sie sollen für die Landesverteidigung den Kopf hinhalten. Lasst sie mal feiern, regt Euch ab.“

Pankows Ordnungsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) zeigte sich schockiert. Zwar habe sie großes Verständnis dafür, dass Schülerinnen und Schüler den Abschluss ihrer Schulzeit feiern wollen. „Was sich aktuell in unseren Grünanlagen abspielt, hat mit Feiern nichts mehr zu tun“, sagte sie der Zeitung.



Manuela Anders-Granitzki gehört für die CDU dem Pankower Bezirksamt an. Als Stadträtin ist sie sowohl fürs Ordnungsamt, als auch für Grünflächen zuständig.

© Bezirksamt Pankow

Sie sprach von einem „Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, das sprachlos macht“, und forderte die Schulen und Abschlussjahrgänge zu einer gemeinsamen Aufräumaktion auf: „Vermitteln Sie Ihren Schülern, dass Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammengehören.“ Grünanlagen seien kein rechtsfreier Raum. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sie Jahr für Jahr verwüstet werden“, sagte die CDU-Politikerin.

Datum: 23.03.26	Medium: Die Zeit
ZEIT ONLINE	Autor: dpa Berlin/Brandenburg Thema: Lars Bocian

Bundesweite Debatte: **Neue Diskussionen: Berlin will Lehrkräfte weiter verbeamteten**

Aktualisiert am 23. März 2026, 14:43 Uhr Quelle: dpa Berlin/Brandenburg



Die Diskussion um die Lehrkräfteverbeamtung könnte neuen Schwung bekommen. (Symbolbild) © Julian Stratenschulte/ dpa

Die Bildungsverwaltung von Senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sieht keinen Grund für eine neue Diskussion über die Verbeamtung von Lehrkräften. Nach fast zwei Jahrzehnten Unterbrechung und zum Teil erbitterten Diskussionen kehrte Berlin2023 wieder dazu zurück, Lehrer zu verbeamteten. Die bisherigen Erfahrungen seien positiv, sagte der Sprecher der Bildungsverwaltung, Martin Klesmann.

Bei der Bildungsministerkonferenz am Dienstag in Berlin soll nach einem entsprechenden Vorstoß aus Sachsen über das Thema zumindest am Rande gesprochen werden. Zuvor hatte der «Tagesspiegel» darüber berichtet.

Sachsens Kultusminister Conrad Clemens (CDU) hatte die Lehrerverbeamtung bereits im Januar als «aus der Zeit gefallen» kritisiert und sich auf mittlere Sicht - nach 2030 - für eine Abschaffung ausgesprochen.

Die Pensionen machen vielen Ländern Sorgen

Unter anderem sieht er die Kosten für die Länderhaushalte durch die Lehrerpensionen als gravierendes Problem, eine Einschätzung, mit der er angesichts der schwierigen Haushaltsslage in vielen Ländern durchaus nicht allein dasteht.

Klesmann wies dagegen darauf hin, dass es in Berlin inzwischen weniger unbesetzte Stellen für Lehrkräfte gebe und mehr Referendare nach dem Vorbereitungsdienst in der Hauptstadt blieben - und nicht mit dem Ziel einer Verbeamtung in andere Bundesländer wechselten. 2023 war Berlin das einzige Bundesland, in dem Lehrkräfte nicht verbeamtet wurden.

Aus Sicht der Bildungsverwaltung sind das Argumente gegen eine neue 180-Grad-Wende: «Aktuell sind keine Änderungen an der bestehenden Regelung zur Verbeamtung von Lehrkräften vorgesehen.»

Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) blickt berufsbedingt etwas anders auf das Thema. «Derzeit befinden sich die Länder in einem intensiven Austausch über ihre künftige Verbeamtungspraxis», teilte er mit. Aus seiner Sicht ist klar: «Es kann nicht weitergehen wie bisher.»

Über die Frage, ob Lehrkräfte Beamte sein müssen, wird regelmäßig gestritten. «Ich teile ganz viel von der Kritik an der Verbeamtung», sagte der Bildungsexperte der SPD-Fraktion, Marcel Hopp, der Deutschen Presse-Agentur.

Bundesweit sei der Finanzdruck groß. Die Diskussion über die Verbeamtung sei eine direkte Folge davon. Eine gemeinsame Position der zuständigen Landesminister für eine Abschaffung hält er aber für unrealistisch: «Das kann ich mir einfach nicht vorstellen.»

Es sei ohnehin eine Abwägungsfrage: Lehrkräfte würden weiterhin gesucht, betonte Hopp. Und die Verbeamtung gilt als ein gutes Argument, sich für die Arbeit in der Schule zu entscheiden - und im Job zu bleiben. Hopp erinnerte daran, dass die Berliner SPD lange gegen die Verbeamtung war, dann aber nicht zuletzt vor diesem Hintergrund umgeschwenkt sei.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Bettina Jarasch ist ebenfalls gegen einen Kurswechsel: «Die Lehrerinnen und Lehrer in Berlin brauchen keinen Zick-Zack-Kurs, sondern Verlässlichkeit», sagte sie auf dpa-Anfrage. «Wir sind in Berlin den Weg ohne Verbeamtung vorangegangen, doch die anderen Bundesländer sind nicht gefolgt.»

Manche hätten sogar gezielt mit Verbeamtungsversprechen Lehramtsabsolventinnen und -absolventen abgeworben. «Deshalb haben wir beschlossen, wieder zu verbeamten. Jetzt wieder den Rückwärtsgang einzulegen, würde Vertrauen erschüttern.»

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lars Bocian, sieht das ähnlich: «Die Verbeamtung steigert entscheidend die Attraktivität des Lehrerberufs und sichert die Unterrichtsqualität unter anderem auch durch das Streikverbot», sagte er. «Wir haben lange darum gekämpft, auch in Berlin Lehrkräfte zu verbeamten und damit einen gravierenden Standortnachteil gegenüber allen anderen Bundesländern zu beenden.»

Auch das Fazit von Marcel Hopp lautet: «Wir sind als Berlin das Bundesland, das als Letztes zur Verbeamtung zurückgegangen ist. Deswegen ist jetzt nicht von Berlin zu erwarten, dass wir die Ersten sind, die sagen: Wir gehen da wieder raus.»

Beim Treffen der Bildungsminister steht die Diskussion darüber ohnehin nicht an zentraler Stelle: «Das Thema wird unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" behandelt», so der Sprecher der Bildungsverwaltung.

Datum: 26.03.26	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Thema: Manuela Anders-Granitzki



© dpa/Jörg Carstensen

Lesermeinung

Debatte über Vermüllung Berlins: Pankower Stadträtin antwortet Tagesspiegel-Leserin

Manuela Anders-Granitzki (CDU), im bevölkerungsreichsten Bezirk für Ordnung zuständig, sieht ihr Amt in der Pflicht und baut unter anderem auf mehr Personal. Sauberkeit sei aber auch eine Gemeinschafts-Aufgabe, schreibt die Stadträtin.

Stand: 26.02.2026, 14:04 Uhr

Ich teile den Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, dass Müll im öffentlichen Raum zunimmt. Ich nehme in Pankow – wie in ganz Berlin – vermehrt illegale Ablagerungen von Sperrmüll, aber auch eine zunehmende Gedankenlosigkeit im Kleinen wahr: liegen gelassene Verpackungen, Grills, Glasflaschen oder eben die berühmten „Verschenkekisten“, die am Ende doch zu Abfall werden. Diese Entwicklungen sind besorgniserregend, denn sie beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild, sondern auch das Zusammenleben in unseren Kiezen und das Sicherheitgefühl.

Die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) leisten eine wichtige Arbeit, und wir schätzen die enge Zusammenarbeit mit ihnen, etwa bei den Kiezsperrmülltagen oder gemeinsamen Reinigungsaktionen. Die BSR sind für die regelmäßige Reinigung zuständig, aber um illegale Müllablagerungen zu vermeiden, sind wir als Bezirksamt gefordert, potentielle Müllsünder abzuschrecken.

Das geschieht durch Schwerpunktkontrollen (auch in zivil), Aufklärung und konsequente Ahndung von festgestellten Ordnungswidrigkeiten. Die erhöhten Bußgelder tragen ihren Teil zur abschreckenden Wirkung bei.

Die jüngst beschlossene Regelung, dass Bußgelder für Müllverstöße direkt bei den Bezirken verbleiben, ist ein wichtiger Schritt. Denn durch höhere Bußgeldeinnahmen kann


wiederum zusätzliches Kontrollpersonal finanziert werden. Im Bezirksamt Pankow werde ich mich dafür einsetzen, dass dies auch tatsächlich dort ankommt, wo die Aufgabe anfällt, nämlich im Ordnungsamt.

Aktuell wurden durch die Senatsverwaltung bereits drei weitere Stellen für das Ordnungsamt in Aussicht gestellt, was ich sehr begrüße und was unsere Arbeit vor Ort erleichtern wird. Dennoch wird es auch mit weiterem Personalaufwuchs nicht möglich sein, den bevölkerungsreichsten und flächenmäßig zweitgrößten Bezirk Berlins, durchgehend und flächendeckend zu überwachen. Und insbesondere bei Kleinstvermüllung, welche mühsam eingesammelt werden muss, kommen auch die BSR an ihre Grenzen.

Natürlich muss der Staat seine Kernaufgaben erfüllen, aber die Freiheit des Einzelnen geht auch mit Verantwortung einher. Mir ist es schlicht unerklärlich, wie man denken kann, dass es in Ordnung ist, seinen Müll auf der Straße liegen zu lassen, und dann zu erwarten, dass jemand anderes oder die öffentliche Hand diesen wegräumt. Das ist Bequemlichkeit auf Kosten der Allgemeinheit.

Ich denke, dass es neben mehr Verantwortungsgefühls auch wieder mehr Gemeinschaftsgefühls bedarf. Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mehr mit ihren Mitbürgern in ihren Kiezen, Stadtteilen, Bezirken und ihrer Stadt verbunden fühlen, werden sie der Gemeinschaft mehr zurück geben und sich für diese einsetzen. Deshalb beteiligen wir uns auch an vielen öffentlichen Aktionen, die Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl erhöhen sollen, unter anderem zusammen mit den BSR bei den Kiezsperrmülltagen oder im Rahmen des World Cleanup Days, bei dem die Bürgerinnen und Bürger helfen, ihren Kiez sauber zu halten.

Mein Schluss daraus ist: Der Staat kann und muss Regeln setzen und durchsetzen, aber er kann Rücksicht, Anstand und Verantwortung nicht ersetzen. Sauberkeit im öffentlichen Raum ist kein schmückendes Beiwerk, sondern ein zentraler Faktor für Lebensqualität, Sicherheit und das Miteinander im Kiez. Dafür braucht es konsequentes Handeln der Verwaltung, aber ebenso die Bereitschaft der Menschen, ihren Teil beizutragen.

Datum: 30.03.26	Medium: RBB24
 <small>ABENDSCHAU BRANDENBURG AKTUELL INFORADIO</small>	Autor: Kirsten Buchmann Thema: Lars Bocian

20 Jahre Rütli-Brandbrief Erst Einlasskontrollen, dann Vorzeigeprojekt

Mo 30.03.2026, 10:23 Uhr



Ein Schüler der Rütli-Hauptschule in Berlin ist am 31. März 2006 auf dem Weg zum Unterricht. (Quelle: dpa/Markus Schreiber)

- Nach Gewaltvorfällen gab es an der Rütli-Schule zeitweise Einlasskontrollen durch die Polizei
- Die Schule wurde mit viel Geld zu einem Campus ausgebaut und entwickelte sich zu einem Vorzeigeprojekt
- An anderen Schulen bestehen weiterhin Probleme

Von Kirsten Buchmann

Das Rütli-Kollegium prangerte im Jahr 2006 in seinem Brandbrief an: Türen würden eingetreten und Knallkörper gezündet. In bestimmte Klassen der Schule in Berlin-Neukölln trauten sich einige nur mit dem Handy, um Hilfe holen zu können.

Bildungssenator Klaus Böger (SPD) kündigte damals Einlasskontrollen durch die Polizei an. Das sei nicht dauerhaft, aber "zunächst einmal eine Lösung, in der klar wird, dass Waffen an Schulen nichts zu tun haben". Darüber hinaus erhielt die Rütli-Schule eine neue Schulleitung sowie Schulpsychologen und Sozialarbeiter, um die Schüler zu unterstützen und Gespräche mit Eltern zu führen.

Die Gebäude wurden saniert und zum Campus Rütli erweitert - für mehr als 30 Millionen Euro. Unter anderem entstanden eine neue Sporthalle und eine Mensa für den Ganztagsbetrieb.

Projekte, Firmen und Arbeitsgemeinschaften

Die Rütli-Schule wurde zudem mit der benachbarten Heinrich-Heine-Realschule und einer Grundschule zur Gemeinschaftsschule verbunden. Als Schirmherrin engagierte sich Christina Rau, die Witwe des ehemaligen Bundespräsidenten.

Die Stimmung verbesserte sich, die sogenannte Rütli-Wear mit aufgedrucktem Schulnamen half dabei, sich mit der Schule zu identifizieren. Rütli-Schülerinnen und -Schüler stellen die T-Shirts her und verkaufen sie in einer Schülerfirma. Es wurden Tanz-, Musik- und Theaterprojekte ins Leben gerufen, Arbeitsgemeinschaften gegründet.

Nachdem jahrelang viel Geld investiert und neues Personal eingestellt wurde, galt die Schule als Vorzeigeprojekt.

Auch andere Berliner Schulen mit Problemen haben inzwischen ähnliche Projekte sowie Schülerfirmen. Allerdings gebe es einen Haken, sagt Felicia Kompio von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Kolleginnen und Kollegen "sehen die Bedarfe". Sie seien auch kompetent, Maßnahmen durchzuführen und Schüler sowie Eltern zu unterstützen - "wenn sie die Kapazitäten haben."

Jedoch gebe es "große Probleme mit Überlastung an den Schulen". Pro Jahr schoben die Lehrkräfte einen Berg von zwei Millionen Überstunden vor sich her, erklärt Kompio. Aus ihrer Sicht müsste die inzwischen sehr gute personelle wie räumliche Ausstattung am Campus Rütli Standard werden für alle Berliner Schulen.

Der Bildungsexperte der Grünen, Louis Krüger, findet es wichtig, Schulen in ihrer Entwicklung zu unterstützen - wie am Campus Rütli auch langfristig etwa mit Geld für Fortbildungen.

»Das i-Tüpfelchen war die Umwandlung in die Gemeinschaftsschule.«

Maja Lasic, SPD-Bildungsexpertin

Alle Abschlüsse möglich

Ein wichtiger Punkt ist aus Sicht der SPD-Bildungsexpertin Maja Lasic: Die Rütli-Schülerinnen und -Schüler hätten inzwischen nicht mehr nur die Perspektive auf einen Hauptschulsondern auch auf alle anderen Abschlüsse. "Das i-Tüpfelchen war die Umwandlung in die Gemeinschaftsschule", findet Lasic, was "schon ab der ersten Klasse an durchgehend gemeinsames Lernen bis zum Abitur" verspreche. Die ersten 23 Schülerinnen und Schüler machten 2014 ihr Abitur auf der Rütli-Schule, inzwischen gibt es insgesamt mehr als 300 Abiturientinnen und Abiturienten. 2024 lag die Erfolgsquote beim Abitur bei 93 Prozent.

Der CDU-Bildungspolitiker **Lars Bocian** sieht den Campus in Neukölln inzwischen im Kiez gut verankert. Denn auf dem Areal gibt es viele Veranstaltungen. Auch Vereine nutzen das

Gelände. Im Umfeld der Schule seien Synergien geknüpft worden, sagt Bocian, "das war der Durchbruch und sehr wichtig."

Probleme nicht überall gelöst

Auch wenn andere Schulen inzwischen ähnliche Konzepte haben, sieht Sven Zimmerschied von der Berliner Sekundarschulleitervereinigung die Probleme nicht überall gelöst. Nach wie vor gebe es die Tendenz, dass sich an einigen Sekundarschulen die Problemfälle sammeln. Die Rede ist von Schülerinnen und Schüler, die wegen ihres Verhaltens "zwangsweise die Schule wechseln müssen." Die kämen dann auf Sekundarschulen oft ohne gymnasiale Oberstufe, die "in der Regel nicht übernachgefragt" seien, also noch freie Schulplätze haben. Die Tendenz sei ein Problem, für die aufnehmenden Schulen sei das "unheimlich schwierig".

Der Vorsitzende der Sekundarschulleitervereinigung findet außerdem, die regionale Schulaufsicht müsse handeln, sobald sich Probleme abzeichnen. Im Fall der Friedenauer Bergius-Schule ist das im Jahr 2024 aus seiner Sicht nicht passiert. Auch hier prangerten Lehrkräfte in einem Brandbrief Gewalt an.

Aber erst als die Polizei in Mannschaftsstärke anrücken musste, nachdem ein Siebtklässler von einer ganzen Gruppe schulfremder Jugendlicher gejagt worden war, zog Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) die Konsequenz. Sie setzte einen neuen Schulleiter als Krisenmanager ein. Eigentlich zu spät. Denn eigentlich, findet Zimmerschied, sollte ein Brandbrief "gar nicht nötig sein".

Sendung: rbb/24, 30.03.2026, 6:18 Uhr

Audio: rbb/24, 30.03.2026, Kirsten Buchmann